

wenigen Tagen hervorgehoben —, jetzt wieder an eine Spezialgesetzgebung heranzutreten. Auch von Gegnern ist in dieser Frage zu lernen. Es ist mir aus den „Münchener Neuesten Nachrichten“ ein Aufsatz in die Hände gekommen, welcher, allerdings mit falscher Begründung, den Schluß zieht, daß auf dem Boden des gemeinen Rechts, durch die Handhabung des Koalitionsrechtes, der Versammlungs- und Vereinsgesetzgebung, in Sachsen und Preußen den Sozialisten mit Erfolg entgegengetreten werden kann. Ich wünsche und hoffe, daß die sämtlichen deutschen Regierungen in diesem Falle dem sächsischen Beispiele folgen mögen. Die Angriffe der Sozialdemokraten gerade in dieser Richtung sind nach meiner Ansicht nur ein ehrendes Zeugnis für unsere Staatsregierung, für den Ernst und die Milde, die sie gleichzeitig in diesen Fragen zeigt. Denn es bedarf doch keines Wortes weiter, daß es die größte Milde ist, rechtzeitig Unruhen zu verhüten und es nicht erst zum Aufruhr und zu groben Exzessen kommen zu lassen. Herr Oberbürgermeister Reil hat die Güte gehabt, uns die neuesten Mitteilungen über die Lage in Crimmitschau zu machen, und ich bin sicher, daß auch wir, wie die jenseitige Kammer, einstimmig den Vorschlägen der Staatsregierung zustimmen werden. Ich bedauere dabei nur, daß der Herr Referent nicht ein Wort der Anerkennung für die Haltung auch der unteren Staatsorgane gehabt hat. Meine Herren! Wenn man nicht bloß in den Städten, sondern auch auf dem platten Lande täglich sehen muß, mit welcher Aufopferung und mit welcher Selbstbeherrschung z. B. unsere Gendarmerie auftreten muß, um das zu erfüllen, was ihr vorgeschrieben ist und den Gesetzen entspricht, dann soll man bei jeder Gelegenheit diesen einfachen, pflichttreuen Beamten ein Wort der Anerkennung widmen, als einen Sporn auch für die Arbeitswilligen. Denn es ist keine Frage, es gibt nicht nur in den eigentlichen Arbeiterkreisen Sozialdemokraten, auch — Gott sei es geklagt! — in den höheren Schichten; bis in den Hörsaal der Universität, bis auf die uns doch allen heilige Kanzel ist die Sozialdemokratie gedrungen, wie ein bössartiger Schwamm, der aus dem Untergrunde der Gebäude alles schädigt und zerstört. Um so wichtiger ist es, daß unsere Regierung auf Grund der bestehenden Gesetze so vorgeht, wie sie vorgegangen ist. Ich freue mich besonders, daß hier einer großen, angesehenen Industrie diese Unparteilichkeit zugute kommt, einer Industrie, die durch einzelne Vertreter nicht immer wohlwollend anderen Berufsständen gegenübergestanden hat, wie ich vielfach, z. B. im Wirtschaftlichen Ausschusse des Reichsamtes des Innern, erfahren mußte, deren gutes

Recht ich aber hier besonders betonen möchte, weil ich auch in diesem Falle keinen Unterschied zwischen Stadt und Land kenne, und dafür, daß alle Kreise der Nation einmütig gegen die Sozialdemokratie zusammenstehen müssen, liegen ja erfreuliche Anzeichen aus den letzten Tagen vor.

Präsident: Herr Oberbürgermeister Dr. Uy und dann Herr Graf von Rex!

Bürgermeister Dr. Uy: Meine hochgeehrten Herren! Ich möchte auf zwei Tatsachen zurückkommen, die bereits im hohen Hause gestreift worden sind. Herr Oberbürgermeister Reil hat darauf hingewiesen, daß ihm mitgeteilt worden ist, in Crimmitschau seien schon früher Säle geschlossen worden, wenn eine gewisse Anzahl von Personen darin anwesend gewesen sei. Ich bin selbst vier Jahre Polizeichef in Crimmitschau gewesen, von 1892 bis 1896, und ich kann aus eigener Wissenschaft bestätigen, daß bereits in dieser Zeit jeder Saal sozusagen geeicht war, daß das Maß der Säle polizeilich festgestellt und bestimmt war, wie viele Personen zu jedem Saale Zutritt haben sollten. Es wurde gezählt, und wenn der Saal voll war, wurde niemand mehr hineingelassen. Es war dies eine Maßregel, zu der uns die Erfahrung gedrängt hatte und die aufzuheben wir nicht Ursache hatten.

Ich möchte noch ein Weiteres erwähnen. Die Behauptung, daß Herr Bürgermeister Beckmann in Crimmitschau parteiisch gehandelt habe, war darauf gestützt worden, daß er der Schwiegersohn eines Großindustriellen sei. Diese Behauptung bedarf der Richtigstellung. Herr Bürgermeister Beckmann ist allerdings der Schwiegersohn eines Großindustriellen gewesen. Diese Behauptung kann sich nur auf seine erste Ehe erstrecken. Ich liebe es nicht, auf persönliche Verhältnisse hier einzugehen, aber ich glaube, ich habe die Pflicht, wenn ich eine falsche Behauptung zurückweisen kann, dies doch zu tun. Die erste Gattin des Herrn Bürgermeisters Beckmann ist bereits vor sechs Jahren gestorben. Herr Bürgermeister Beckmann ist jetzt in zweiter Ehe verheiratet. Der frühere Schwiegervater des Herrn Bürgermeisters Beckmann hat bereits seit mehreren Jahren die Industrie aufgegeben, ist Rentier und meines Wissens in keiner Weise von der jetzigen Arbeitseinstellung betroffen.

Präsident: Herr Graf von Rex-Zedtlitz!

Kammerherr Graf von Rex-Zedtlitz: Das Nachpostulat, welches uns heute beschäftigt, bezieht sich auf eine hochwichtige sozialpolitische Angelegenheit, und deshalb scheint es mir nicht nur angezeigt und selbst-